

FPÖ: HEIMAT SCHÜTZEN – BÜRGER FRAGEN!

**Im März 2009 beschließt die SPÖ Landesleitung:
„Kein Schubhaftzentrum im Bezirk Leoben“!**

**Im September 2009 bewirbt sich SP-Bürgermeister um
das Schubhaftzentrum in Vordernberg**

Überfallsartig beschlossen SPÖ/ÖVP in einer Gemeinderatssondersitzung sich um ein Schubhaftzentrum zu bewerben. Pikant: Als sich die SPÖ und ÖVP Gemeinderäte in der Sitzung offiziell mit dem Thema befassten, waren die Einladungen für die Propagandaveranstaltung (Bürgerversammlung) schon bei der Post!

Das Innenministerium bemüht sich schon seit 1999 (Wien-Schwechat) vergeblich Gemeinden von den Vorzügen eines Haftzentrums zu überzeugen. Zuletzt stieß das Ministerium in Leoben auf große Ablehnung aus der Bevölkerung – jetzt glaubt es, fündig geworden zu sein.

Die ins Treffen geführten Argumente überzeugen nicht. Schließlich spricht die Frau Innenminister in der „Kleinen Zeitung“ selbst von einer Belastung durch ein Schubhaftzentrum.

Lediglich die Vertreter der Vordernberger SPÖ/ÖVP mit BM Hubner an der Spitze glauben eine „Jahrhundertchance“ zu erkennen. Ein Schubhaftzentrum bringt unserem Ort wirtschaftlich wenig. Gäbe es die behaupteten Vorteile, hätte das Ministerium längst ein „Opfer“ gefunden. Der in Vordernberg langsam in Schwung kommende Tourismus wird, bedingt durch den entstehenden Imageschaden, unweigerlich abgewürgt, auch das Sicherheitsrisiko durch ein Schubhaftzentrum ist nicht zu unterschätzen.

Wir Freiheitlichen haben massive Bedenken gegen dieses Vorhaben und können der undemokratischen Vorgangsweise keinesfalls zustimmen.

Deshalb fordern wir eine Bürgerbefragung!

Ein diesbezüglicher Antrag wird von uns in der nächsten Gemeinderatssitzung eingebracht werden. Sollte BM Hubner mit seinen roten und schwarzen Verbündeten diesen diktatorischen Weg fortsetzen – was zu befürchten ist – werden wir alle Vordernberger, die sich unserer skeptischen Haltung anschließen bitten, mit ihrer Unterschrift eine solche Befragung zu erzwingen. Dafür müssen 10% der wahlberechtigten Bürger ihre Unterschrift leisten.

Die Argumente der Rattenfänger und die Wahrheit

176 neue Arbeitsplätze werden geschaffen.

WAHR IST:

Es werden überwiegend Planstellen der Polizei verschoben. Überdies zahlt der Staat für die Beamten keine Kommunalsteuer. Lediglich bei Vertragsbediensteten wird diese fällig.

Zum Beispiel 10 Reinigungskräfte mit 1000 Euro Gehalt bringen 300 (!) Euro Steuer pro Monat. Die „plärrende Not“ in der Gemeindekasse, wie die Kleine Zeitung richtig anmerkt, wird dadurch sicher nicht behoben.

Die „Wertschöpfung“ soll 10 Millionen Euro betragen.

WAHR IST:

Die Wertschöpfung und die Angaben über die Arbeitsplätze werden selbst vom Leobener Vizebürgermeister Maximilian Jäger bezweifelt berichtet die „Austria Presse Agentur“.

Langfristig ist sogar mit einem negativen Effekt zu rechnen.

Die Aufenthaltsdauer für Häftlinge beträgt normalerweise nur 3 Wochen

WAHR IST:

In Schubhaft gelangen Personen, deren Antrag auf Asyl abgelehnt wurde und bei denen der Gesetzgeber fürchtet, dass sie vor der Abschiebung untertauchen. Die Schubhaft kann zwei Monate dauern. In Fällen, wie etwa bei Folgeanträgen während einer laufenden Schubhaft, kann diese bis zu maximal zehn Monate verlängert werden, so die Tageszeitung „die Presse“.

Es werden lediglich ausreisewillige und keinesfalls kriminelle Schubhäftlinge untergebracht.

WAHR IST:

Bei unbescholtenen und ausreisewilligen Fremden ist das „gelindeste“ Mittel anzuwenden. Sie sollten grundsätzlich nicht in Gefängnissen untergebracht werden.

Aber drei von vier Illegalen, die abgeschoben werden sollen kommen als Diebe, Einbrecher oder Räuber.

Allein in Wien wurden heuer 1.160 ge-

fasst – 969 wanderten in Schubhaft. Seit Jahresbeginn gab es um 20 % mehr Festnahmen, so der Chef der Fremdenpolizei, Hofrat Dr. Kovarik. 1191 Fremde erhielten seit Jahresbeginn eine „Ausreiseentscheidung“. Das bedeutet dass immer häufiger Kriminelle das Asylrecht missbrauchen, so die „Krone“.

Wer kann garantieren, dass nicht – in Anbetracht der großen Zahl – irgendwann auch straffällige Schubhäftlinge in Vordernberg einsitzen werden?

Die Insassen sind in einer geschlossenen Anstalt und dürfen diese nicht verlassen. Für die Bevölkerung besteht keine Gefährdungspotential.

Wahr ist:

Menschenrechtsorganisationen protestieren seit Langem gegen die Schubhaft und in der EU gibt es Bestrebungen diese gänzlich abzuschaffen. Im europäischen Vorzeigeprojekt in Vordernberg sollen 250 Menschen einsitzen. Was passiert, wenn die oben angeführten Absichten umgesetzt werden?

In einer geschlossenen Anstalt versuchen sich 30 Prozent der Häftlinge durch Hungerstreik und Selbstverstümmelung freizupressen. Von den 3923 Schubhäftlingen ist von Jänner bis August 1223, also rund ein Drittel in Hungerstreik getreten. Ist ein Häftling haftuntauglich öffnen sich die Gefängnistore. Um das ultimative Ziel vieler Schubhäftlinge, die Haftunfähigkeit zu erreichen, werden aber auch andere Methoden gewählt. So verschlucken die einen Batterien, um medizinische Eingriffe zu erzwingen, andere verstümmeln sich selbst.

Das geplante Schubhaftzentrum in Vordernberg ist rechtskonform.

Wahr ist:

Ob der Trick des Bürgermeisters gelingt, das Grundstück als Kerngebiet (Industrie) widmen zu lassen und dann für eine Haftanstalt zu verwenden, ist offen.

Impressum:
Herausgeber: FPÖ Leoben, Franz- Josef-Str. 25,
8700 Leoben, Gerd Krusche, Obmann

HEIMAT SCHÜTZEN – BÜRGER FRAGEN !